

Regierungsratsbeschluss

vom 17. Dezember 2013

Nr. 2013/2397

KR.Nr. SGB 188/2013 **PB 3**

Legislaturplan 2013 - 2017 und Vollzugskontrolle zum Legislaturplan 2009 - 2013; Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag der Fraktion SP vom 13. November 2013 (VWD01)

1. Antragstext

B.3.1.8 (neu) Erhöhung der Familienzulagen

Die Fraktion SP beantragt folgenden Planungsbeschluss:

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat bis Ende der Legislatur eine Vorlage zur Erhöhung der Familienzulagen (Kinder- und Ausbildungszulagen) zu unterbreiten.

2. Begründung

Ausgangslage: Das Bundesgesetz über Familienzulagen vom 24. März 2006 lässt eine Ausdehnung des Anspruchs auf Familienzulagen über den zwingend vorgeschriebenen Anspruch zu. Laut Sozialbericht 2013 ist das Armutsrisiko vor allem von Alleinerziehenden im Kanton Solothurn im gesamtschweizerischen Vergleich überdurchschnittlich hoch und auch der Anteil an Familien mit Unterstützungsbedarf ist weiterhin hoch. Familienzulagen werden an alle Familien ausgerichtet. Am meisten profitieren Familien mit niedrigen bis mittleren Einkommen. Höhere Familienzulagen ermöglichen es vor allem Familien mit kleinen Einkommen, ihre Existenz zu sichern und ihre finanzielle Situation zu verbessern. Aber auch Familien mit mittleren Einkommen können von höheren Zulagen profitieren und ihr Haushaltsbudget wird entlastet.

Die Sozialhilfekosten steigen unvermindert an und es ist zwingend nötig, Massnahmen zu ergreifen, welche den Anreiz auf ein Verweilen bei der Sozialhilfe senken. Es ist nicht nachvollziehbar, dass finanziell besser gestellt ist, wer Sozialhilfe bezieht anstatt einer Arbeit im Niedriglohnbereich nachzugehen. Die Erhöhung der Familienzulagen ist demnach so auszugestalten, dass damit Anreize geschaffen werden, sich um eine Arbeit zu bemühen, um von der Sozialhilfe loszukommen.

Da die Zahl der Kinder zurückgeht, nimmt auch die Gesamtbelastung durch die Ausrichtung von Kinderzulagen ab. Die Mehrkosten sind aus diesem Grund vertretbar.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

Der Legislaturplan umschreibt gemäss § 15 Abs. 1 WoV-G (BGS 115.1) die politischen Schwerpunkte der Amtsperiode. Daraus leiten sich die strategischen Ziele und die konkreten Handlungsziele ab. Die Dämpfung der Sozialkosten ist eines dieser Handlungsziele und wird im Sozialbericht 2013 klar als eine der Herausforderungen der folgenden Jahre benannt. Dazu sollen die Einflussmöglichkeiten bei den Sozialhilfeleistungen bzw. beim Erhalt und der Förderung der Integrationsmöglichkeiten in den ersten Arbeitsmarkt genutzt werden. Eine Erhöhung der Fami-

lienzulagen könnte wenn überhaupt allenfalls mittelbar zu einer Dämpfung der Sozialhilfekosten beitragen. Da nichterwerbstätige Personen ebenfalls Anspruch auf Familienzulagen haben können, würden deren Finanzierung Mehrbelastungen, insbesondere des Kantons nach sich ziehen.

Weitere Verbesserungen bei den Familienzulagen sollten sinnvollerweise auf eidgenössischer Ebene im Bundesgesetz über die Familienzulagen (FamZG) vorgenommen werden. Jede kantonale Besonderheit widerspricht der gesamtschweizerischen Harmonisierung. Eine Erhöhung der Familienzulagen im kantonalen Recht würde voraussichtlich bei vielen im Kanton Solothurn tätigen Familienausgleichskassen (FAK) Beitragssatzanpassungen nötig machen. Die Familienzulagen werden mit Ausnahme der Nichterwerbstätigen vollständig durch Beiträge der Arbeitgeber und Selbstständigerwerbenden finanziert. Erhöhungen der Beitragssätze der Arbeitgebenden und der Selbstständigerwerbenden würden die hiesige Wirtschaft und vor allem auch den Kanton zusätzlich belasten, was dem Massnahmenplan 2014 zuwiderliefe. Zudem würde die Attraktivität des Kantons als Wirtschaftsstandort verringert.

Über das FamZG hinausgehende kantonale Regelungen ziehen zudem Mehraufwand im Vollzug zu Lasten sämtlicher FAK nach sich (Differenzzahlungen, doppelspurige Bearbeitung von Anmeldungen zum Bezug von Familienzulagen, höherer Abklärungsaufwand usw.).

4. Antrag des Regierungsrates

Nichterheblicherklärung.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Voberatende Kommission

Sozial- und Gesundheitskommission

Verteiler

Volkswirtschaftsdepartement
Ausgleichskasse des Kantons Solothurn
Aktuarin Sozial- und Gesundheitskommission (scs)
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat